

Vertragsbedingungen

EU-Ausschreibung „Planung Schulgebäude Wesselswerth“

Zwischen der

Folkwang Universität der Künste
Klemensborn 39
45239 Essen

- nachfolgend „**Auftraggeberin**“ genannt -

und

.....
.....
.....

- nachfolgend „**Auftragnehmerin**“ genannt -

- beide Parteien nachfolgend gemeinsam „**Vertragsparteien**“ genannt -

gilt gemäß der Bezuschlagung des Angebotes der Auftragnehmerin
in einem vorangegangenen Vergabeverfahren

der nachfolgende

**Architektenvertrag über Umbau im Bestand (Sanierung) des Schulgebäudes und Neu-
bau (Errichtung eines dreigeschossigen Neubaus)**

§ 1 Vertragsgegenstand

1. Die Auftraggeberin erbringt für die Auftragnehmerin nach näherer Maßgabe dieses Vertrages sämtliche erforderlichen Architektenleistungen für die folgende Baumaßnahme: Umbau im Bestand (Sanierung) des ehemaligen, denkmalgeschützten Grundschulgebäudes Wesselswerth und die Errichtung eines dreigeschossigen Neubaus zum Zwecke der Schaffung und des Betriebes von Übungsräumen, Vorlesungs- und Unterrichtssälen und Multifunktionsflächen für eine Musikhochschule.
2. Die Auftragnehmerin versichert, dass ihr die in diesem Vertrag und insbesondere in der Leistungsbeschreibung aufgeführten Fachbegriffe bekannt sind. Zu Klarstellungs- und Erläuterungszwecken hatte sie Gelegenheit, in dem Vergabeverfahren, das diesem Vertrag zugrunde liegt, Bieterfragen zu stellen.
3. Die vertragsgegenständlichen Leistungen unter Beachtung der anerkannten Regeln der Baukunst und Technik, des bestehenden bautechnischen Erkenntnisstandes sowie nach dem Grundsatz größtmöglicher Wirtschaftlichkeit zu erbringen. Letzteres gilt auch im Hinblick auf die späteren Unterhaltungs- und Betriebskosten.
4. Die Auftragnehmerin hat ihre Leistungen für das Bauvorhaben unter Beachtung der geltenden öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Normen betreffend die Errichtung des Bauvorhabens, insbesondere der planungs-, bauordnungs- und nachbarschaftsrechtlichen Bestimmungen zu erbringen.

§ 2 Leistungsumfang

1. Die Auftragnehmerin ist verpflichtet, für das Bauvorhaben sämtliche erforderlichen und zweckmäßigen Aufgaben zur Herbeiführung des vertraglich geschuldeten Werkerfolgs, insbesondere der in der Leistungsbeschreibung und dem Qualitätskonzept näher beschriebenen Erfolge und Leistungsziele, auszuführen.
2. Die Auftragnehmerin hat insbesondere die nachfolgend bezeichneten Leistungsphasen gemäß §§ 34, 39 HOAI zu erbringen: Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung, Genehmigungsplanung, Ausführungsplanung, Vorbereitung der Vergabe, Mitwirkung bei der Vergabe, Objektüberwachung und Objektbetreuung.

3. Die Leistungspflicht der Auftragnehmerin umfasst sämtliche Grundleistungen gemäß Anlagen 10, Nr. 10.1, 11, Nr. 11.1 zur HOAI, soweit diese nicht ausdrücklich aus dem Leistungsumfang herausgenommen worden sind. Besondere Leistungen, insbesondere solche gemäß Anlagen 10, Nr. 10.1, 11 Nr. 11.1 zur HOAI, hat die Auftragnehmerin nur dann zu erbringen, wenn dies nachfolgend ausdrücklich bestimmt ist oder diese gesondert beauftragt werden.
4. Neben den Grundleistungen hat die Auftragnehmerin die folgenden besonderen Leistungen zu erbringen:

Bestandsaufnahme

Aufstellen von Raumbüchern

Abrechnen der Zuwendungen (Verwendungsnachweis)

§ 3 Zusammenarbeit der Vertragsparteien

1. Jede Vertragspartei benennt der jeweils anderen Partei in Textform eine sachkundige Person als verantwortlichen Ansprechpartner, die die zur Durchführung des Vertrages und der auf ihrer Grundlage beruhenden Einzelaufträge erforderlichen Auskünfte erteilen und Entscheidungen entweder selbst treffen oder kurzfristig herbeiführen kann, sowie deren ständigen Vertreter.
2. Der verantwortliche Ansprechpartner der Auftragnehmerin und ihr Vertreter sind in Anlage „verantwortlicher Ansprechpartner“ namentlich mit ihren vollständigen Kontaktdaten aufgeführt. Diese Anlage ist von der Auftragnehmerin fortzuschreiben, wenn sich der verantwortliche Ansprechpartner und / oder sein Vertreter ändern. Die Auftraggeberin hat hinsichtlich der neuen verantwortlichen Ansprechpartner und ihrer Vertreter ein Ablehnungsrecht aus sachlichem Grund.
3. Die Auftragnehmerin weist die Auftraggeberin unverzüglich darauf hin, wenn Unterlagen und / oder Informationen, die zur Erfüllung der sich nach diesem Vertrag ergebenden Pflichten erforderlich sind, unvollständig sind oder fehlen, oder sonst erforderliche und fällige Mitwirkungshandlungen der Auftraggeberin ausstehen. Dieser Hinweis bedarf zumindest der Textform und ist im Streitfalle von der Auftragnehmerin nachzuweisen.

4. Die Auftraggeberin hat das Recht, von der Auftragnehmerin die Durchführung monatlicher telefonischer und / oder persönlicher Besprechungen zum Stand der Erfüllung dieses Vertrages zu verlangen. Die Auftragnehmerin erstellt zu diesen Besprechungen Ergebnisprotokolle und übersendet diese der Auftraggeberin jeweils spätestens fünf Werktage nach der Besprechung zumindest in Textform zur Genehmigung. Die Genehmigung muss ausdrücklich erteilt werden und bedarf ebenfalls zumindest der Textform.
5. Die Auftragnehmerin hat der Auftraggeberin auf Anforderung unverzüglich die ordnungsgemäße Vertragserfüllung nachzuweisen und ihr durch angemessene Mitwirkungshandlungen insoweit eine Überprüfung zu ermöglichen.

§ 4 Bevollmächtigung der Auftragnehmerin, Weisungen

1. Die Auftragnehmerin ist vorbehaltlich der nachfolgenden Ausnahmeregelungen nicht dazu berechtigt, Dritten gegenüber als Vertreter der Auftraggeberin aufzutreten, insbesondere Verhandlungen zu führen und / oder Willenserklärungen mit Wirkung für oder gegen die Auftraggeberin abzugeben. Ausnahmen bedürfen der vorherigen Einwilligung der Auftraggeberin, die zumindest in Textform vorliegen muss.
2. Die Auftraggeberin bevollmächtigt die Auftragnehmerin im Zusammenhang mit der Erbringung ihrer Leistungen mit der Vornahme folgender Handlungen bzw. Abgabe folgender Erklärungen:
 - a) technische Abnahmen,
 - b) Entgegennahme und Abzeichnung von Stundenlohnnachweisen,
 - c) Erteilung von Weisungen auf der Baustelle (§ 4 Abs. 1 Nr. 3 VOB/B),
 - d) Mängelrügen,
 - e) Entgegennahme von Angeboten und Schlussrechnungen,
 - f) Entgegennahme von Erklärungen ausführender Firmen (z.B. Bedenkenanmeldungen, Behinderungsanzeigen, Mehrkostenanmeldungen),
 - g) Aufnahme eines gemeinsamen Aufmaßes mit den ausführenden Firmen.
3. Soweit es ihr Auftrag erfordert, ist die Auftragnehmerin berechtigt und verpflichtet, die Rechte der Auftraggeberin zu wahren. Insbesondere hat sie den am Bau Beteiligten die notwendigen Weisungen zu erteilen. Die Auftraggeberin ermächtigt die Auftragnehmerin, den am Bau Beteiligten entsprechende Weisungen zu erteilen.

Die Auftragnehmerin übt für die Auftraggeberin das Hausrecht aus.

4. Finanzielle Verpflichtungen für die Auftraggeberin darf die Auftragnehmerin ohne die vorherige Einwilligung des Auftragnehmers, die zumindest in Textform vorliegen muss, nur eingehen, wenn Gefahr im Verzug besteht und die Einwilligung der Auftraggeberin nicht rechtzeitig zu erlangen ist.
5. Eine weitergehende Vollmacht wird der Auftragnehmerin mit diesem Vertrag nicht erteilt. Spätere hierüber hinaus gehende Vollmachten bedürfen der der Textform.

§ 5 Nachunternehmer

1. Ohne vorherige Einwilligung der Auftraggeberin darf die Auftragnehmerin ihre Verpflichtungen aus diesem Vertrag und die auf seiner Grundlage beruhenden Einzelaufträge weder ganz noch teilweise auf Nachunternehmer übertragen. Gleiches gilt für die Vergabe von Teilleistungen durch Nachunternehmer an sonstige Dritte. Die Einwilligung bedarf zumindest der Textform
2. Für die Beauftragung der in der Anlage „Nachunternehmer“ zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Vertrages aufgeführten Nachunternehmer gilt die Einwilligung der Auftragnehmerin als erteilt. Der Einwilligung der Auftraggeberin bedarf es nicht, wenn der Nachunternehmer ein mit der Auftragnehmerin gemäß § 15 ff. AktG verbundenes Unternehmen ist.
3. Für die Erfüllung dieses Vertrages und der auf seiner Grundlage beruhenden Einzelaufträge bleibt ausschließlich die Auftragnehmerin verantwortlich. Der Einsatz von Nachunternehmern und sonstigen Dritten entbindet die Auftragnehmerin nicht von ihren Verpflichtungen aus diesem Vertrag und der auf seiner Grundlage beruhenden Einzelaufträge. Es entsteht kein Vertragsverhältnis zwischen dem Nachunternehmer und der Auftraggeberin.
4. Die Auftraggeberin ist berechtigt, die sofortige Ablösung eines Nachunternehmers oder eines sonstigen, von der Auftraggeberin hinzugezogenen Dritten zu verlangen, wenn sie im Falle eines unmittelbaren Vertragsverhältnisses zu diesem Dritten zur Kündigung berechtigt wäre.

§ 6 Hinzuziehung und Koordination anderer Beteiligter

1. Folgende Leistungen werden voraussichtlich von den nachstehend genannten Sonderfachleuten erbracht:
 - a) Leistung:
 - b) Leistung:
2. Die Auftragnehmerin informiert die Auftraggeberin unverzüglich, wenn der Einsatz von Sonderfachleuten oder Sachverständigen über das bei Vertragsschluss jeweils bekannte Maß hinaus notwendig wird, und berät die Auftraggeberin bei der Auswahl der Sonderfachleute bzw. Sachverständigen. Die Beauftragung von Sonderfachleuten oder Sachverständigen erfolgt durch die Auftraggeberin selbst. Alternativ führt die Auftragnehmerin die Beauftragung im Namen der Auftraggeberin durch, wenn die Auftraggeberin die Beauftragung im Voraus freigegeben hat. Die Freigabe bedarf zumindest der Textform.
3. Die Auftragnehmerin muss bei ihrer Planung die Leistungen anderer fachlich Beteiligter (insbesondere Sonderfachleute) berücksichtigen, in fachlicher und zeitlicher Hinsicht koordinieren und in seine Planung in sinnvoller Weise integrieren. Die Pflicht zur Koordination umfasst dabei insbesondere eine inhaltliche Überprüfung auf offenkundige und für die Auftragnehmerin erkennbare Fehler und/oder Unvollständigkeiten, die zeitliche Koordination im Hinblick auf die fristgerechte Erbringung der Leistung sowie die fachliche Koordination, insbesondere im Hinblick auf die rechtzeitige, sachlich zutreffende und vollständige Unterrichtung der sonstigen fachlich Beteiligten.

§ 7 Ausführungsfristen

1. Die Auftragnehmerin ist verpflichtet, die von ihm geschuldeten Leistungen zu den in der Leistungsbeschreibung genannten Zwischenterminen zu erbringen. Fertigstellungstermin des Bauwerks ist der 00.00.0000.
2. Die Auftragnehmerin ist verpflichtet, die Auftraggeberin unverzüglich auf Terminüberschreitungen hinzuweisen, sobald diese erkennbar sind. Die Auftragnehmerin

ist in diesem Fall verpflichtet, der Auftraggeberin in Textform Vorschläge zur Einhaltung der Termine zu unterbreiten und auf Anordnung der Auftraggeberin entsprechende Optimierungsmaßnahmen einzuleiten und zu überwachen. Die Vorschläge müssen auch Hinweise zu den voraussichtlichen Auswirkungen auf die Kosten und die Qualität des Bauvorhabens enthalten. Die Verpflichtungen in diesem Abs. gelten unabhängig davon, ob die Auftragnehmerin eine Terminüberschreitung zu vertreten hat oder nicht.

3. Wird der Termin zur Vorlage der Ausführungsplanung (verbindliche Vertragsfrist i. S. d. VOB/B) überschritten, hat die Auftragnehmerin an die Auftraggeberin eine Vertragsstrafe von 0,1 v. H. des Nettogesamthonorars pro Werktag der Überschreitung, höchstens jedoch 5 v. H. des Nettogesamthonorars zu zahlen, es sei denn, die Auftragnehmerin hat die Überschreitung nicht zu vertreten und weist dies nach. Die Vertragsstrafe ist nur verwirkt, wenn sie die Auftraggeberin innerhalb von zwei Monaten nach Zugang der prüffähigen Honorarschlussrechnung geltend macht. Die Geltendmachung eines weiteren Schadens durch die Auftraggeberin ist nicht ausgeschlossen, jedoch wird die verwirkte Vertragsstrafe auf den weiteren Schadenersatz der Auftraggeberin angerechnet.

§ 8 Kostenobergrenze

1. Für das Bauvorhaben stehen der Auftraggeberin finanzielle Mittel in Höhe von maximal 5.500.000,00 Euro netto. Es handelt sich hierbei um sämtliche Kosten nach DIN 276 in der Fassung vom Dezember 2008, über alle Kostengruppen einschließlich Baunebenkosten, insbesondere Planung.
2. Die Einhaltung dieser Kostenobergrenze hat für die Auftragnehmerin oberste Priorität. Die Auftragnehmerin verpflichtet sich vor diesem Hintergrund ausdrücklich, ihre Pflichten zur Kostenermittlung und -überwachung ordnungsgemäß durchzuführen und die Auftraggeberin über Kostensteigerungen zu informieren, sobald diese erkennbar sind. Die Auftragnehmerin ist verpflichtet, der Auftraggeberin bei erkennbaren Kostensteigerungen Vorschläge zu Kosteneinsparungsmöglichkeiten zu unterbreiten. Die Vorschläge müssen auch Hinweise zu den Auswirkungen der Einsparungen auf die Qualität und die Termine des Bauvorhabens enthalten. Die Information und die Unterbreitung der Vorschläge zu Kosteneinsparungsmöglichkeiten bedürfen der Textform.

3. Übersteigen die tatsächlichen Baukosten die verbindliche Kostenobergrenze nach Abs. 1, mindert sich das Honorar der Auftragnehmerin (Malus-Honorar gem. § 7 Abs. 6 S. 3 HOAI) um den Differenzbetrag zwischen den tatsächlichen Baukosten und der verbindlichen Baukostenobergrenze, maximal jedoch um 5 % des Nettogesamthonorars. Das Malus-Honorar fällt nicht an, wenn und soweit die Auftragnehmerin Kostensteigerungen nicht zu vertreten hat und dies nachweist. Die Geltendmachung von weiteren oder weitergehenden Schäden aufgrund von Baukostenüberschreitungen durch die Auftraggeberin wird durch das Malus-Honorar nicht ausgeschlossen. Jedoch ist das Malus-Honorar auf weitere Ansprüche der Auftraggeberin anzurechnen.

§ 9 Vergaben der Auftragnehmerin

1. Die Auftragnehmerin ist im Rahmen ihrer Leistungspflichten verpflichtet, die folgenden zuwendungsrechtlichen Vorgaben des Landes Nordrhein-Westfalen als Zuwendungsgeber zu beachten:
 - a) Vorgaben für öffentliche Ausschreibungen (insbesondere GWB, VgV, VOB/A, TVgG NRW etc.)
2. Unabhängig von vergaberechtlichen Vorgaben hat die Auftragnehmerin im Rahmen ihrer Angebotsprüfung generell wettbewerbliche Vergaben vorzunehmen, die eingegangenen Angebote auf ihre technische und rechnerische Vollständigkeit, Richtigkeit und Wirtschaftlichkeit zu prüfen, abzuzeichnen und in einem Wertungsvermerk mit einem Vergabevorschlag an die Auftraggeberin zu übergeben.
3. Im Rahmen der Rechnungsprüfung hat die Auftragnehmerin auch zu prüfen, ob die Rechnungslegung den vertraglichen Vereinbarungen entspricht, insbesondere ob vertraglich vereinbarte Nachlässe oder sonstige Abzüge berücksichtigt sind. Soweit nach den vertraglichen Vereinbarungen bestimmte Zahlungen von Bedingungen oder dem Vorliegen von Unterlagen (Sicherheiten, Dokumentation, etc.) abhängig sind, hat die Auftragnehmerin die Auftraggeberin hierauf hinzuweisen und darf sie Zahlungen nur dann freigeben, wenn die entsprechenden Voraussetzungen hierfür vorliegen.

§ 10 Planungs- / Leistungsänderungen

1. Die Auftragnehmerin hat jede Aktualisierung des Planungsstandes und jede Auftragsvergabe im Voraus mit der Auftraggeberin abzustimmen, so dass die bestmögliche Umsetzung der Zielvorstellungen der Auftraggeberin jederzeit gewährleistet ist. Freigaben der Auftraggeberin bedürfen der Textform.
2. Der Auftraggeberin ist berechtigt, die vereinbarten Anforderungen und festgelegten Quantitäts- und Qualitätsvorgaben zu ändern oder zu ergänzen sowie sonstige Planungsänderungen bzw. Mehrfachplanungen sowie zusätzliche Planungs- und Überwachungsleistungen von der Auftragnehmerin zu verlangen, auch wenn hierdurch in einen bereits zum Abschluss einer Leistungsstufe oder Leistungsphase bestehenden Planungsstand eingegriffen wird. Dies bedarf zumindest der Textform.
3. Die Auftragnehmerin ist verpflichtet, die nach Maßgabe des vorstehenden Absatzes 1 von der Auftraggeberin angeordnete Leistungsänderungen auszuführen, es sei denn, ihr Büro ist auf die Ausführung dieser Leistungsänderungen nicht eingerichtet oder der Ausführung der Änderungsleistung stehen wesentliche wirtschaftliche Interessen der Auftragnehmerin entgegen.
4. Die Auftragnehmerin hat auf schriftliche Anforderung der Auftraggeberin auch dann ihre Leistung sach- und fachgerecht zu erbringen, wenn eine Einigung über die Höhe der veränderten Vergütung noch nicht erfolgt ist. Ein Zurückbehaltungsrecht an der geforderten weiteren Leistung steht ihr nur zu, wenn sich die Auftraggeberin abschließend weigert, dem Grunde nach berechnete zusätzliche Vergütungsansprüche zu erfüllen.
5. Leistungsänderungen sind gesondert zu vergüten, wenn die Änderungsanordnung der Auftraggeberin dazu führt, dass hierdurch in einen bereits zum Abschluss einer Leistung oder Leistungsphase bestehenden Planungsstand eingegriffen wird. Die stufenweise Fortentwicklung und Durcharbeitung der Planung innerhalb einer bestimmten Leistungsstufe wird dagegen auftraggeberseits nicht gesondert vergütet.
6. Auch für die weiteren oder geänderten Leistungen gelten die Bestimmungen dieses Vertrages.

§ 11 Abnahme

1. Die Leistungen der Auftragnehmerin bedürfen der förmlichen Abnahme. Hierzu erstellen die Vertragsparteien nach ordnungs- und vertragsgemäßer Erbringung sämtlicher geschuldeter – gegebenenfalls auch nach Vertragsschluss beauftragter weiterer (§ 3 Abs. 2) – Leistungen der Auftragnehmerin ein von beiden Seiten zu unterzeichnendes Abnahmeprotokoll.
2. Die Leistungen der Auftragnehmerin gelten auch dann als abgenommen, wenn sie abnahmereif sind und die Auftraggeberin trotz schriftlicher Aufforderung durch die Auftragnehmerin unter Fristsetzung von wenigstens 14 Tagen keine Abnahme erklärt.
3. Die Auftraggeberin ist verpflichtet, die Leistungen der Auftragnehmerin bis einschließlich Leistungsphase 8 bei Vorliegen der Abnahmevoraussetzungen separat abzunehmen (Teilabnahme).

§ 12 Honorar

1. Das Honorar der Auftragnehmerin für nach diesem Vertrag erbrachten Leistungen richtet sich ausschließlich und abschließend nach den Honorarermittlungsgrundlagen der HOAI unter Berücksichtigung dieses Vertrages.
2. Honorargrundlage sind die nach §§ 4, 33, 38 HOAI i. V. m. der DIN 276 in der Fassung vom Dezember 2008 ermittelten anrechenbaren Kosten (Kostenberechnung bzw. so lange diese nicht vorliegt: Kostenschätzung). Bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 10 Abs. 1 HOAI ist die Kostenberechnung fortzuschreiben und die sich ergebenden anrechenbaren Kosten sind durch die Parteien schriftlich zu vereinbaren.
3. Die in der Leistungsbeschreibung näher bezeichneten baulichen und sonstigen Anlagen werden nach den Kriterien der §§ 5, 35, 39 Anlagen 10 Nr. 10.2 und 10.3 HOAI, 11 Nr. 11.2 und 11.3 folgenden Honorarzonen zugeordnet:

Gebäude siehe Preisblatt Ziffer I. 1. und 2.

4. Für die Vergütung der Auftragnehmerin gilt der Mindestsatz für Grundleistungen nach den Honorartafeln der §§ 35 und 40 HOAI.

5. Für einzelne Leistungsphasen gem. § 3 Abs. 5 dieses Vertrags gilt folgende Bewertung (in v. H. des Vollhonorars):

	Gebäude
1. Grundlagenermittlung	2
2. Vorplanung	7
3. Entwurfsplanung	15
4. Genehmigungsplanung	3
5. Ausführungsplanung	25
6. Vorbereitung der Vergabe	10
7. Mitwirkung bei der Vergabe	4
8. Objektüberwachung	32
9. Objektbetreuung und Dokumentation	2

6. Erstreckt sich der Auftrag auf mehrere Gebäude oder verschiedene Leistungen an einem Gebäude, erfolgt die Honorarabrechnung gemäß § 11 HOAI.
7. Für den Umbau (Sanierung) des Schulgebäudes (§§ 2 Abs. 5 und 6 HOAI) gelten folgende Honorarerhöhungen als vereinbart: siehe Preisblatt Ziffer I. 1.
8. Für die beauftragten besonderen Leistungen wird folgende Vergütung vereinbart: siehe Preisblatt Ziffer II.
9. Für notwendige Bauvoranfragen und Anfragen bei der zuständigen Denkmal-schutzbehörde wird wegen ihres Zusammenhangs mit der Leistungsphase 2 ein besonderes Honorar nicht geschuldet.
10. Im Falle der Beauftragung weiterer Leistungen gilt für die Vergütung der Auftragnehmerin folgendes:
- a) Im Falle der Beauftragung weiterer in der HOAI geregelter Leistungsbilder und/oder -phasen erhält die Auftragnehmerin für die ordnungsgemäße und vollständige Erbringung der jeweiligen Leistungsbilder/-phasen das jeweilige Mindestsatzhonorar nach HOAI.

- b) Für weitere besondere Leistungen besteht ein Anspruch auf zusätzliche Vergütung nur dann, wenn das Honorar vor Ausführung der Leistungen schriftlich vereinbart wurde. Für solche besonderen Leistungen soll eine Pauschalvergütung vereinbart werden, die sich am voraussichtlichen Zeitaufwand und den nachfolgenden Stundensätzen orientieren soll. Diese Stundensätze gelten auch im Falle, dass die Parteien in sonstigen Fällen eine Abrechnung nach Zeitaufwand vereinbaren. In diesen sonstigen Fällen hat die Auftragnehmerin bei Rechnungsstellung der jeweiligen besonderen Leistung den angefallenen Zeitaufwand prüfbar abzurechnen:

- (i) Geschäftsführer/Inhaber: siehe Preisblatt Ziffer II.
- (ii) Architekt/Fachingenieur: siehe Preisblatt Ziffer II.
- (iii) Technischer/Wirtschaftlicher Mitarbeiter: siehe Preisblatt Ziffer II.

11. Im Falle von geänderten Leistungen gilt hinsichtlich der Vergütung der Auftragnehmerin folgendes:

- a) Geringfügige und unwesentliche Änderungen der Planung, deren Zeitaufwand sich im Rahmen üblicher Optimierungen hält, werden nicht zusätzlich vergütet. Gleiches gilt für eine bloße Fortschreibung der Ausgangsplanung.
- b) Für die wiederholte Erbringung von Grundleistungen bei geänderten Leistungen gilt § 10 Abs. 2 HOAI. Zur Klarstellung: Eine Honorierung solcher wiederholter Grundleistungen ist jedoch ausgeschlossen, wenn ihre Erbringung auf Mängeln der Leistung der Auftragnehmerin beruht.
- c) Wird aufgrund öffentlich-rechtlicher Vorgaben insbesondere im Baugenehmigungsverfahren ein mehrfaches Überarbeiten von Planungsunterlagen erforderlich, so ist eine zusätzliche Vergütung ausgeschlossen, wenn die öffentlich-rechtlichen Vorgaben für die Auftragnehmerin vorhersehbar waren. Im Übrigen kann eine zusätzliche Vergütung nur dann gefordert werden, wenn sich die öffentlich-rechtlichen Vorgaben, die eine Überarbeitung erforderlich machen, nach vollständigem Abschluss der Leistungsphase 3 durch die Auftragnehmerin geändert haben und der Auftragnehmerin deshalb erheblicher zusätzlicher Aufwand entsteht.

12. Nebenkosten gemäß § 14 HOAI werden im nachfolgenden Umfang erstattet: pauschal mit siehe Preisblatt Ziffer I. 1. und 2.

13. In den Honoraren ist die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) nicht enthalten. Sie ist in

der jeweils gesetzlich geltenden Höhe gesondert in der Rechnung auszuweisen.

§ 13 Abrechnungen

1. Die Auftragnehmerin erhält Abschlagszahlungen jeweils nach Vorlage einer prüf-
baren Abschlagsrechnung für die jeweils nachgewiesenen und vertragsmäßig er-
brachten Grundleistungen.
2. Die Honorarschlusszahlung wird fällig, wenn die Auftragnehmerin die ihr obliegen-
den Leistungen vollständig und vertragsgemäß erbracht hat, diese abgenommen
sind, die Auftragnehmerin eine prüffähige Honorarschlussrechnung vorgelegt hat
und die Auftraggeberin diese geprüft hat.
3. Die Vertragsparteien vereinbaren für die Prüfung der Honorarschlussrechnung ei-
nen Prüfungszeitraum von zwei Monaten ab Zugang der Rechnung bei der Auf-
traggeberin. Spätestens mit Ablauf dieser zwei Monate wird die Honorarschluss-
zahlung fällig, wenn die Leistungen der Auftragnehmerin vollständig und vertrags-
gemäß erbracht und abgenommen wurden.
4. Die Auftraggeberin hat hinsichtlich der Form der Abrechnung ein Wahlrecht. Sie
kann insoweit die Papier- und/oder die elektronische Form wählen, wobei die elekt-
ronische Form dem § 14 Abs. 1 S. 8 UStG und den folgenden Archivierungsvor-
schriften entsprechen muss: Elektronische Rechnungen müssen in dem Format
aufbewahrt werden können, in dem sie empfangen wurden. Sie dürfen nicht aus-
schließlich in ausgedruckter Form aufbewahrt werden können, müssen während
der Aufbewahrungsfrist unveränderbar und jederzeit verfügbar sein, unverzüglich
lesbar gemacht und maschinell ausgewertet werden können.

§ 14 Urheberrecht

1. An den von der Auftragnehmerin erbrachten urheberrechtlich geschützten Leistun-
gen und Arbeitsergebnissen, wie insbesondere den vertragsgegenständlichen Pla-
nungen, überträgt die Auftragnehmerin hiermit auf die Auftraggeberin das einfache
Nutzungsrecht. Mit eingeschlossen ist das Bearbeitungsrecht.
2. Die vorstehende Nutzungsrechtsübertragung umfasst insbesondere das Recht der
Auftragnehmerin, die Leistungen und Arbeitsergebnisse – ganz oder in Teilen – zu

vervielfältigen, einschließlich der Errichtung der in § 1 des Vertrages genannten Baumaßnahme. Mit eingeschlossen ist ferner das Recht, die Leistungen und Arbeitsergebnisse, einschließlich der errichteten Baumaßnahme bzw. Vervielfältigungen hiervon, – ganz oder in Teilen – zu veröffentlichen, zu verbreiten und öffentlich wiederzugeben, wie insbesondere öffentlich zugänglich zu machen und zu senden.

3. Die Nutzungsrechte beinhalten weiterhin das Recht der Auftraggeberin, Änderungen und Bearbeitungen an den Leistungen und Arbeitsergebnissen sowie der auf deren Grundlage errichteten Baumaßnahme vorzunehmen bzw. vornehmen zu lassen, einschließlich An- und Umbauten, Umgestaltungen, Erweiterungen, Nutzungsänderungen, Reparaturen und Modernisierungen.
4. Die Auftragnehmerin ist berechtigt, die Nutzungsrechte ganz oder teilweise auf Dritte zu übertragen, von Dritten ausüben und ausführen zu lassen sowie Dritten hieran weitere Nutzungsrechte einzuräumen.
5. Mit der vereinbarten Vergütung sind sämtliche Ansprüche der Auftragnehmerin im Zusammenhang mit vorstehender Nutzungsrechtsübertragung abgegolten.
6. Die Auftragnehmerin garantiert, dass die Auftraggeberin alle nach diesem Vertrag übertragenen Rechte und Befugnisse vollumfänglich erwirbt, diese weder ganz noch teilweise auf Dritte übertragen wurden oder mit Rechten Dritter belastet sind. Die Auftragnehmerin garantiert ferner, dass weder bei der Schaffung noch der Nutzung der Leistungen und Arbeitsergebnisse Rechte Dritter verletzt werden, die zu Ansprüchen gegen die Auftraggeberin führen können. Die Auftragnehmerin stellt die Auftraggeberin von sämtlichen Ansprüchen Dritter, insbesondere Urheber, die gegen die Auftraggeberin erhoben werden sollten, frei. Ihr bekannt werdende Beeinträchtigungen der vertragsgegenständlichen Rechte hat die Auftragnehmerin der Auftraggeberin unverzüglich mitzuteilen. Die Freistellung beinhaltet auch die Rechtsverfolgung/-verteidigung durch die Auftraggeberin bzw. umfasst den Ersatz der der Auftraggeberin durch die notwendige Rechtsverfolgung/-verteidigung entstehenden bzw. entstandenen Kosten, soweit diese nicht von Dritten zu erstatten sind. Sonstige Ansprüche der Auftraggeberin aus einer Garantieverletzung bleiben unberührt.
7. Die Auftragnehmerin ist berechtigt – auch nach Beendigung dieses Vertrages –, das Bauwerk oder die bauliche Anlage mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der

Auftraggeberin zu betreten, um fotografische oder sonstige Aufnahmen zu fertigen; deren Veröffentlichung bedürfen ebenfalls der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Auftraggeberin sowie der Einräumung entsprechender Nutzungsrechte durch die Auftraggeberin. Der Auftragnehmerin steht das Recht zu, auf den Planunterlagen, am Bauwerk oder an baulichen Anlagen bzw. im Rahmen diesbezüglicher Veröffentlichungen namentlich in branchenüblicher Weise genannt zu werden.

8. Genießen die Leistungen der Auftragnehmerin keinen Urheberschutz, so kann die Auftraggeberin die Planung der Auftragnehmerin für die im Vertrag genannte Baumaßnahme ohne Mitwirkung der Auftragnehmerin nutzen und ändern. Dasselbe gilt auch für ausgeführte Werke.
9. Die vorstehenden Bestimmungen bleiben von einer Beendigung des Vertrages unberührt. Im Falle einer Kündigung des Vertrages, gleich aus welchem Grunde, umfasst die Nutzungsrechtsübertragung diejenigen Arbeitsergebnisse und Leistungen, die die Auftragnehmerin bis zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Kündigung geschaffen hat.

§ 15 Herausgabe der Planungsunterlagen

1. Die Von der Auftragnehmerin für die Auftraggeberin gefertigten und beschafften Pläne und Unterlagen sind der Auftraggeberin in zweifacher Ausfertigung in Papierform und außerdem auf Datenträger im Format DIN-A-4 spätestens nach Erbringung der jeweiligen Leistungsphase nach § 3 Abs. 5 dieses Vertrags auszuhändigen. Sie werden Eigentum der Auftraggeberin. Die Auftragnehmerin ist verpflichtet, der Auftraggeberin sämtliche von ihr zur Verfügung gestellten Pläne und Unterlagen zurückzugeben.
2. Die Auftragnehmerin ist darüber hinaus verpflichtet, für die Auftraggeberin eine komplette Dokumentation des Bauvorhabens in einfacher Ausführung in Papierform und einfach digital auf Datenträger zusammenzustellen und im Rahmen der Leistungsphase 8 an die Auftraggeberin zu übergeben. Zur Dokumentation zählen insbesondere die As-Built-Pläne, Revisionspläne für die technische Ausrüstung, ggf. notwendige Nachweise nach EnEV, das Bautagebuch, Bedienungsanleitungen, Prüfprotokolle, Abnahmeprotokolle und -bescheinigungen der ausführenden Unternehmen (soweit diese der Auftraggeberin noch nicht vorliegen), staatlicher

Stellen und sonstiger Stellen (z. B. des TÜV), Bewehrungspläne, Gewährleistungsübersicht (gewerkeweise Übersichten zu Beginn und Ende der Mängelverjährung einschließlich Angaben zu etwaigen Gewährleistungssicherheiten), eine Aufstellung der Wartungsintervalle und Prüflisten für die technischen Anlagen sowie vergleichbare Unterlagen.

3. Die Auftragnehmerin hat die Ausführungspläne rechtzeitig, in der Regel 14 Tage vor Beginn der Ausführung der im jeweiligen Plan enthaltenen Leistung an die Auftraggeberin zur Prüfung vorzulegen. Die Auftraggeberin prüft die Pläne lediglich auf Plausibilität. Die Auftraggeberin wird die Pläne unverzüglich, im Regelfall innerhalb von sieben Tagen prüfen und freigeben bzw. mit Änderungsanmerkungen an die Auftragnehmerin zurückleiten. Nach den Plänen darf erst nach Freigabe durch die Auftraggeberin gebaut werden. Diese Prüfung entlastet die Auftragnehmerin im Falle einer mangelhaften Erbringung ihrer Planungsleistungen nicht.

§ 16 Geheimhaltung, Datenschutz

1. Eine Auswertung oder Bekanntgabe der mit der Auftraggeberin bestehenden Geschäftsbeziehung in Veröffentlichungen oder zu Werbezwecken durch die Auftragnehmerin ist nur mit der Einwilligung der Auftraggeberin zulässig. Die Einwilligung bedarf zumindest der Textform.
2. Die Vertragsparteien werden sämtliche Informationen, von denen sie im Zusammenhang mit diesem Vertrag von der jeweils anderen Partei Kenntnis erlangen, nur zum Zwecke der Erfüllung dieses Vertrages verwenden.
3. Solange und soweit nicht die jeweils andere Partei die Zustimmung zur Offenlegung erteilt hat bzw. gesetzliche, gerichtliche und / oder behördliche Offenlegungspflichten bestehen, werden die Vertragsparteien diese Informationen jeweils vertraulich behandeln. Die Beweislast für die genannten Ausnahmen liegt bei der Partei, die von der vertraulichen Behandlung absieht.
4. Die Auftragnehmerin verpflichtet sich, die geltenden Bestimmungen des Datenschutzes einzuhalten.

§ 17 Unfallverhütungs- und Arbeitsschutzvorschriften, Sozialversicherungsbeiträge

1. Die Auftragnehmerin sichert der Auftraggeberin zu, dass die von ihr zu erbringenden Leistungen den jeweils aktuell geltenden Unfallverhütungs- und Arbeitsschutzvorschriften sowie den allgemein anerkannten sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Vorschriften entsprechen, soweit diese Vorschriften einschlägig sind.
2. Die Auftragnehmerin sichert der Auftraggeberin zu, dass
 - a) die von ihr oder durch von ihr beauftragte Nachunternehmer bei der Durchführung dieses Vertrages von ihr eingesetzten Personen bei den gesetzlichen Sozialträgern angemeldet sind und die fälligen Sozialversicherungsbeiträge ordnungsgemäß abgeführt werden,
 - b) die fälligen Beiträge zur Berufsgenossenschaft ordnungsgemäß abgeführt werden und
 - c) geltende Tarifverträge und gesetzliche Bestimmungen zur Regelung der Mindestlöhne für gewerbliche Arbeitnehmer im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland eingehalten werden.
3. Für den Fall der schuldhaften Zuwiderhandlung gegen die vorstehend genannten Verpflichtungen zahlt die Auftragnehmerin ungeachtet etwaiger weitergehender Schadenersatzansprüche der Auftraggeberin je Einzelfall und unter Ausschluss des Fortsetzungszusammenhanges eine Vertragsstrafe in Höhe von 5.000 Euro.
4. Die Auftragnehmerin stellt die Auftraggeberin von sämtlichen Ansprüchen frei, die im Falle eines Verstoßes der Auftragnehmerin gegen die vorstehend genannten Verpflichtungen gegen die Auftraggeberin geltend gemacht werden. Dies gilt auf erstes Anfordern und auch für den Fall, das sich die Haftung der Auftraggeberin aus weiteren Untervergaben und/oder der Beauftragung von Verleihern ergibt.

§ 18 Kündigung

1. Die Vertragsparteien können den Vertrag jeweils aus wichtigem Grund ohne Ein-

haltung einer Frist kündigen. Besteht der wichtige Grund in einer Vertragsverletzung der jeweils anderen Partei, ist eine Kündigung nur nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe bestimmten Frist oder nach erfolgloser Abmahnung zulässig.

2. Kündigt die Auftraggeberin diesen Vertrag aus wichtigem Grund, erhält die Auftragnehmerin Vergütung für die bis zur Kündigung erbrachten Leistungen nach den gesetzlichen Vorschriften.
3. Die Auftraggeberin kann darüber hinaus den Vertrag gem. § 649 BGB mit den dort geregelten Vergütungsfolgen kündigen.
4. Eine Kündigung dieses Vertrags bedarf in jedem Fall der Schriftform.

§ 19 Haftung und Gewährleistung

1. Die Mängelansprüche der Auftraggeberin richten sich nach den werkvertraglichen Vorschriften der §§ 633 ff. BGB. Jedoch ist der Rücktritt vom Vertrag ausgeschlossen. Stattdessen gelten die in diesem Vertrag festgehaltenen Kündigungsregelungen.
2. Die Mängelansprüche der Auftraggeberin gegen die Auftragnehmerin verjähren nach 5 Jahren. Die Verjährung beginnt zum Zeitpunkt der Schlussabnahme.

§ 20 Haftpflichtversicherung

1. Die Auftragnehmerin ist dazu verpflichtet, für die Dauer dieses Vertrages eine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung, wie im Rahmen des zugrunde liegenden Vergabeverfahrens nachgewiesen, mit mindestens den folgenden Deckungssummen (mindestens zweifach maximiert pro Jahr) vorzuhalten:

a) Personen- und Sachschäden:	3,0 Mio. Euro
b) Vermögensschäden:	1,0 Mio. Euro
2. Die Auftragnehmerin hat der Auftraggeberin jährlich oder nach begründeter Aufforderung der Auftraggeberin unverzüglich eine Versicherungsbestätigung über den

Fortbestand der Versicherung oder einen entsprechenden Neuabschluss vorzulegen, und zwar zumindest in Textform.

3. Eine Beschränkung der Haftung der Auftragnehmerin ist mit vorstehenden Regelungen nicht verbunden.
4. Die Auftragnehmerin tritt jeweils etwaige Ansprüche gegen ihre Berufshaftpflichtversicherung wegen oder im Zusammenhang mit der Verletzung einer Vertragspflicht an die Auftraggeberin ab.

§ 21 Vertragsbestandteile

1. Bestandteile dieses Vertrages sind in der nachstehenden Reihen- und Rangfolge:
 - a) Der vorstehende Vertragstext;
 - b) die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) in der bei Vertragsschluss geltenden Fassung
 - c) Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B)
 - d) Besondere Vertragsbedingungen des Landes Nordrhein-Westfalen zur Kontrolle der Verpflichtungen zur Tariftreue und Mindestentlohnung nach dem Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen und Sanktionen bei Verstößen gegen diese Verpflichtungen (BVB Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen/VOL) für die Vergabe von Dienstleistungen
 - e) Anlage 01: Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentlohnung für Dienst- und Bauleistungen unter Berücksichtigung der Vorgaben des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen (Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen – TVgG-NRW)
 - f) Anlage 02: Verpflichtungserklärung nach § 8 TVgG – NRW zur Frauenförderung und Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie
 - g) Anlage 03: Leistungsbeschreibung
 - h) Anlage 04: Preisblatt
 - i) Anlage 05: Nachunternehmererklärung
 - j) Anlage 06: Erklärung zu Bergbauergemeinschaften
 - k) Anlage 07: Verantwortlicher Ansprechpartner
 - l) Anlage 08: Antworten und Klarstellungen auf Bieterfragen (mit Leistungsbezug)

m) Anlage 09: Qualitätskonzept

2. Allgemeine Geschäftsbedingungen der Auftragnehmerin finden keine Anwendung.

§ 22 Sonstige Bestimmungen

1. Es gilt deutsches Recht unter Ausschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen hinsichtlich Verträge über den internationalen Warenkauf vom 11.04.1980 (CISG).
2. Gerichtsstand ist Essen.
3. Änderungen dieses Vertrages bedürfen zu Beweis Zwecken der Schriftform. Dies gilt auch für die Abbedingung dieses Schriftformerfordernisses selbst. Für inhaltliche Änderungen dieses Vertrages während seiner Laufzeit gilt die Regelung des § 132 GWB.
4. Nebenabreden, gleich welcher Art, bestehen nicht.
5. Sieht dieser Vertrag die Schriftform vor, gelten die Regelungen des § 126 Abs. 1 und Abs. 2 BGB. Die in diesem Vertrag vorgesehene Textform wird durch E-Mails gewährt; im Übrigen gilt § 126b BGB.

§ 23 Salvatorische Klausel

1. Sollten einzelne Bestimmungen dieses ganz oder teilweise ungültig oder undurchführbar sein oder werden, so bleibt der Vertrag im Weiteren wirksam.
2. Die Vertragsparteien verpflichten sich, ungültige oder undurchführbare Bestimmungen unverzüglich unter der Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen durch wirtschaftlich möglichst gleichartige Bestimmungen zu ersetzen.
3. Entsprechendes gilt für Regelungslücken dieses Vertrages.

Der Vertrag ist mit Zuschlagserteilung wirksam zustande gekommen.

Bestätigend:

Essen, den _____

_____, den _____

Auftraggeberin

Für die Auftragnehmerin:
Unterschrift des Bieters /
bei Bietergemeinschaften des bevoll-
mächtigten Mitglieds